

Wöchentliches Anzeiger

für Tendorf

und Umgegend



Anzeigerpreis: Die jedeswöchentliche Normgröße 1,50 RM., Refanzengröße 4,50 RM.

Anzeigerannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10, bis spätestens 9 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erstausgabe wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Postanstalt 12.- RM. von unserer Zeitung ist auch abzurufen 10,00 RM. Einzelnummer 100 Pf.

Stierthalstraße und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Poststraße 10, auch von unseren Zoten und allen Postanstalten angenommen.

Amliches Verhandlungsblatt für die Stadt Tendorf.

Nr 76

Sonnabend, den 1. Juli 1922.

61. Jahrgang

Die letzte Woche.

Seit manchem Jahr ist die „stille“ Sommerzeit verfallen, es passiert so mancherlei, woran niemand denkt und was allen unerwartet ist. Der Mord an dem englischen Feldmarschall Wilson und wenige Tage später an dem deutschen Außenminister Rathenau ist ein Beispiel aus den dunklen Wäldern der Infanterie, die sich in der Weltgeschichte aufzuklären und nachher noch verdrückt haben. Wenn wir, wie es selbstverständlich ist, mit Strafen vollster Energie gegen diese Nichtwirdigkeiten vorgehen, so haben wir aber zu bedenken, daß wir nicht nur die Äußersten der Menschheit treffen müssen, sondern auch das Hebel an der Wurzel treffen müssen. Es ist kein Zufall, daß in Südwestfalen die Rüge größer ist als im deutschen Norden. Der Volksgedanke ist dort verdrückter, er stellt das Unkommen miteinander in den Vordergrund. Volkserziehung für die ganze Nation und die strengste Gerechtigkeit dienen am besten dem inneren Frieden.

Die Reichsregierung hat die Pflicht, für den Schutz der Staatsordnung zu sorgen, aber sie darf nicht unzulässige unter der Verantwortung der Schuldigen leiben lassen. Den Helfer, den die alte Reichsregierung einst mit dem Bestrafungsrecht gemacht hatte, ist heute noch ungenügend, darum muß er durch Besonnenheit vermieden werden. Das deutsche Volk denkt nicht an neuen Umwälzungen, es will erträgliche Lebensbedingungen und Ruhe für seine Arbeit. Die nötige Energie gegen die Terroristen muß einfinden, und die nötige Besonnenheit gegen die Gegner aber beschaffen werden. Keinem Staate in Europa sind solche Krisen erhabt geblieben, aber sie haben sich doch schließlich als ein Liebesganges erwiesen. Auch die deutsche Republik wird über diese inneren Schmerzenszeiten fortkommen, 60 Millionen Menschen lassen sich keine Mühsal von einem Kaiser mit einer Krone vorwerfen, sondern geben schließlich selbst den Weg an.

Die Franzosen sind, wie zu erwarten war, die ersten gewesen, die nach dem Rathenau-Mord das Signal ausgegeben haben, Deutschland muß unter allen Umständen die 132 Goldmarken des Karrier-Unternehmens bezahlen. Zum Glück ist damit noch nicht gesagt, daß dieser Ruf eine blühende Orde für die Reparations- und Garantieforschung bedeutet, mit welchen die Verhandlungen von Berlin aus wieder aufgenommen sind. Wie sich diese politische Linie entwickeln wird, bleibt noch wie vor dunkel. Die Welt hat sich nach London hat seinen Verhandlungsfortschritt gezeigt, und daß diese Verhandlungen, wenn er demnächst einmal Gelegenheit in Paris macht, Resultate bringen, ist auch nicht zu erwarten. Die Anwesenheit des italienischen Außenministers Schanzer in London hat, weitgehend übereinstimmend in der politischen Lage stehen, aber Anpassungen sind nun einmal keine Tatsachen.

Das Schicksal hat den Tag der Befreiung Rathenaus zu einem schweren Unglück in Berlin benutzt, das den tiefsten Grund machen wird. „Mitten im Leben sind wir von dem Tod umfangen.“ Niemand weiß, wie nahe ihm sein Lebensziel gesetzt ist, und es sollte mehr an Frieden denken, wie an den Kampf. Es ist heute, als ob man die Menschen den Himmel küssen wollten, bis sie durch eine Tragödie zu spät Erkenntnis lernen. Lebenskraft macht blind, in großen Tagen noch mehr wie in kleinen.

Die Mörder Rathenaus.

Die Aufklärung des Verbrechenplans. — Ein Mörder verhaftet, die beiden anderen erkannt, aber flüchtig. Die eifrigen Ermittlungen der Kriminalpolizei haben bereits sehr wichtige Erfolge gezeigt. Es ist gelungen, die Verbrechen, der Rathenau zum Opfer gefallen ist, zum größten Teil aufzuklären und die Verantwortlichen der Mörder zu ermitteln. Es handelt sich um drei ehemalige Mitglieder der Weigabe-Gruppe und Angehörige der Organisation C, nämlich Ernst Werner Tschow, Hermann Fischer, auch Vogel genannt, und Knauer, aus Köln und Kern genannt. Der eine von diesen dreien, Tschow, ist Mittwoch abends bereits verhaftet worden. Er war erst Sonntag abends an Berlin gekommen und zwar fuhr er nach Halle, wo er bei einzelnen Freunden in Unterkunft fand. Am Abend des Montag fuhr er dann von Halle nach Frankfurt a. O. Dort haben ihn Beamte der politischen Polizei des Berliner Polizeipräsidiums aufgehalten, die erfahren, daß er sich bei seinem Enten auf einem Mittertag in der Nähe von Frankfurt aufhielt. Auf diesem Gut wurde er Mittwoch festgenommen.

Die Organisation C. Schon bald bei Beginn der Untersuchung der Mordtat wiesen wichtige Spuren auf die bereits aus den Ermittlungen des Erzberger-Wortes bekannt gewordene „Organisation C“ hin. Diese Spuren wurden von der Polizei eifrig verfolgt. Zuerst wurde Kapitänleutnant Tillmann, der Bruder des Erzberger-Wortes, in Hamburg und Kapitänleutnant Hoffmann in München verhaftet. Jetzt ist auch Kapitänleutnant Manfred v. Killinger in Düsseldorf verhaftet worden, wo er sich mit seiner Familie zur Erholung befand, wieder festgenommen worden. Killinger und Tillmann sind bereits nach Berlin gebracht.

Im weiteren Verlauf der Untersuchung wurde der Kreis der Leute, die mit dem Verbrechen in Verbindung stehen, größer und schließlich ist es gelungen, eine Gruppe von Verdächtigen festzunehmen, die das Attentat auf Minister Rathenau bis ins genaueste vorbereitet haben. Dieser Verbrechen gehören die von der politischen Polizei als Täter ermittelten Tschow, Fischer und Knauer an.

Tschow, Fischer und Knauer haben verweigert, die Verbrechen aufzuklären. Besonders erleichtert wurde dies noch dadurch, daß Dienstag das Auto der Mörder entbeut wurde. Die hierdurch gemachte Spur führte schließlich zu demselben Ergebnis, wie die bisherigen Ermittlungen.

Die beiden noch nicht verhafteten Mörder, Fischer und Knauer, haben vermutlich am Dienstag mittag Berlin verlassen und sich nach Norden begeben. Da sie nach den polizeilichen Feststellungen zurzeit der Tat nicht über große Geldmittel verfügten und auch keine Waffe besaßen, ist damit zu rechnen, daß die Täter sich im Ausland aufhalten. Alle Grenzen sind besetzt, auch sind sämtliche Polizeistellen bereits fest zugehen mit dem Signalen der Täter versehen, so daß ihre baldige Festnahme zu hoffen ist.

Die Kehrseite.

Die Zusammenkünfte in Darmstadt.

Bei den Demonstrationen am Dienstag ist es leider nicht in allen Orten so ruhig verlaufen, wie es nach dem ersten Eindruck zu urteilen hatte, sondern an vielen Orten ist es zu bedauerlichen Ausschreitungen gekommen. Zu Darmstadt wurde der Führer der Reichlichen Volkspartei, Abg. Dingeldey, von der toben Menge nach dem Marktplatz geschleppt, wo er geschändet werden sollte. Am letzten Augenblick gelang es Schützler, ihn in Sicherheit zu bringen, doch gelang es nicht, einen Kranken aus der Menge zu entfernen, der sich in einem Krankenhaus gebracht werden. Der angegrichtete Schützler befindet sich auf 10 Millionen Mark. Abg. Dingeldey befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Zur Heilberiegung hielt Geheimrat Lehnhardt im Radiologischen Institut während der Demonstrationen eine Vorlesung. Gegen ankommende Demonstranten wehrten sich die Studenten, indem sie einen Hydranten benutzten. Als Geheimrat Lehnhardt nach einigen Studenten verhaftet war, drängten ihnen die Arbeitermassen über die Neuenheimer Brücke nach und drohten, sie in den Neckar zu werfen. Die Verhafteten wurden in das Gerichtsgelände gebracht.

In den Großstädten kam es dagegen fast nirgends zu irgendwie erheblichen Zwischenfällen, wenn auch hierher, mehr ruhig behobene Ausschreitungen, überall zu sehen.

Die drohende Krise.

Die Sozialdemokraten arbeiten auf die Weidung hin.

Die innerpolitische Lage hat sich in den Tagen nach der Ermordung Rathenaus ganz außerordentlich ernst gestaltet. Kurz vor dem Mord hatten sich die Parteien über ein Kompromiß über die Getreidemenge geeinigt und eine Mehrheit vom Zentrum bis zu den Unabhängigen hatte in Reichstagsausschuss gestimmt. Eine andere, rein bürgerliche Mehrheit nahm aber auch die von den Deutschnationalen beantragten Preisbestimmungen an, gegen die die Sozialdemokraten einstimmig waren. Wenn es nun nicht gelingt, ein neues Kompromiß zu schaffen — und das erscheint sehr zweifelhaft — dürfte das im Tagegesetz als Gesetz anzunehmen sein, denn die Reichsparteien stimmen unbedingt gegen das Gesetz, und wenn diese Preisbestimmungen bleiben, so stimmen auch die Sozialisten dagegen. Falls aber die Getreidemenge, dann wollen die beiden sozialistischen Parteien das haben sie bereits früher angedroht, mit allen Mitteln die Aufhebung des Reichstages und den Wahl durchzuführen.

Der Gesetzestwurf zum Schutze der Republik bildet eine zweite Krücke. Er ist vom Reichsamtverordnungsstellen, Donnerstag den nach Berlin zusammengetretenen Ministerpräsidenten der Länder vorgelegt worden und dann dem Reichstag und dem Reichsrat zugegangen. Unter dem Eindruck des Mordes an Rathenau hat der ursprüngliche Entwurf bedeutende Veränderungen erfahren, die teilweise verfassungsändernd sind. Das Gesetz bezieht sich auf den Reichstag und die Reichsversammlung, und ob diese zu erlangen sein wird, dürfte recht zweifelhaft sein. Wenn das durch ein eventuelles Scheitern der Getreidemenge zu erwarten ist, dürfte dies recht mit der Aufhebung des Reichstages zu rechnen sein.

Die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten haben gemeinsam mit den freien Gewerkschaften, ähnlich wie nach dem Rapp-Ruf, ein gemeinsames Programm zu diesem Gesetz aufgestellt, das sie mit allen Mitteln durchzusetzen sich verpflichtet haben. Erreichen sie dieses Ziel nicht, so wollen sie dem Reichstag eine Resolution einbringen, die sehr stark gegen dieses Gesetz zum Schutze der Republik nicht einmal alle diese Forderungen erfüllt, so dürfen sie um so härter auf die Aufhebung dringen, wenn schon dieses Gesetz nicht zustande kommt.

Den sozialistischen Parteien stehen etwaige Neuwahlen durchaus nicht unlieb zu sein. Sie glauben, durch ein eventuelles Scheitern der Getreidemenge sowohl wie durch die Ermordung Rathenaus zugräftige Wahlsparolen bekommen zu haben.

Deutsches Reich.

30. Juni 1922.

Münchener Ausgehungen gegen den Versaillesvertrag. Am Abend des 28. Juni fand in München die schon seit längerer Zeit angelegte große Kundgebung der vaterländischen Vereine gegen den Versailles-Friedensvertrag, der heute vor drei Jahren von Deutschland unter dem Druck der Gewalt unterzeichnet worden mußte, und gegen die Abkündigung von der Schuld Deutschlands an Weltkrieg statt. Die Kundgebung zur Teilnahme an dieser Kundgebung war an alle Ecken der Bevölkerung, ohne Unterschied der Partei, ergangen. Schon vor 7 Uhr begann der

Aufmarsch aus den verschiedenen Stadtteilen in großer Anzahl an Zehntausenden von Menschen besetzt war. Auf dem Königsplatz waren große Kolonnen mit blauen Fahnen aufgestellt. Die Redner wiesen auf die Brutalität und Unbegreiflichkeit des Versailles-Friedensvertrages hin, und auf die Fülle der Schuld, deren Abkündigung sie als die wichtigste Voraussetzung für die Befreiung nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt kennzeichneten. Die riesigen Massen, die das Gelände bis zum letzten Platz füllten, begleiteten die Ausführungen der Redner mit lautem Beifall. — Am übrigen Nachmittage sind die geplanten Kundgebungen bekanntlich abgesagt bzw. verboten worden. Auch in Wien demonstrieren die Studenten gegen die Friedensverträge.

Der neue schweizerische Gesandte in Berlin. Nach einer Meldung der „Basler Nachrichten“ verläuft in Berner parlamentarischen Kreisen, daß der Berliner Gesandtschaftsleiter der Direktor Hüfenach, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, in Aussicht genommen sei.

Neugruppierung der belgisch-französischen Besatzungstruppen. Die belgische Regierung hat sich mit der französischen Regierung dahin verständigt, daß die belgischen rheinischen Gebiete von Airen, Sülich und S. G. Leiden, die bisher ausschließlich von französischen Truppen okkupiert waren, in Zukunft in die belgische Zone fallen.

Belegung und Wohnungsmangel. Das Reich, Belegung und Wohnungsmangel kann auch im Westbrennen Stadtteilament zur Sprache. Bei der Gatsberung wurde bekanntgegeben, daß Angehörige der Besatzungstruppen in Wiesbaden 750 Wohnungen innehaben. Es gibt hier 2500 Wohnungsuchende und insgesamt 7500 Familien, die durch Zusammenlegung ihrer Wohnstätten usw. umgehend wohnen. Diese Besatzungstruppen heraus wurde gefordert, daß das Reich wegen der starken Wohnungsnot die Wohnungen durch die Franzosen trotz der Erbauung der Besatzungshäuser nach besondere Zuschüsse zum Wohnungsbau leiste.

Die Kontrolle des Reichshandels durch die Militärent. Wie der „Deutscher Reichs- und Handelszeitung“ schreibt, wird die Kontrolle der Wirtschaft nunmehr zur Prüfung der Maßnahmen für die Finanzkontrolle übergeben. Die alliierten Vertreter werden während der nächsten 8 bis 10 Tage die Einnahmen und Ausgaben des Reiches, falls einer genauen Prüfung unterziehen. Die werden von deutschen Steueramt Ermittlungen über die letzten Ausgaben einholen, die ihnen überbrückt werden, ferner über Nachlassigkeiten, die sie bei der

nach persönlich alle geschäftlichen Einkünfte. Wir wünschen Frau Ewald, die gelegentlich ihr hohes Jubiläum als Leiterin unserer Wöchentlich-Anzeiger besetzt, ein ruhiges, beschauliches Leben.

Humburg. (Schmurgericht) 26. Juni. Wegen fahrlässiger Falschbude wurde der Arbeiter Kurt Kreygmar aus Teubitz zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Dem an den Hauptbestand auf das Gut der Gutsleute Rigt in Großdubrau betriebl. gewesenen Angestellten Kant zuliebe, hatte K. bestimmt, daß er mit Kant an einem anderen Orte zusammenkommen solle. Diese Anweisung stellte sich heute als unbrauchbar heraus. — Von der Anlage des wissenschaftlichen oder fahrlässigen Meinendes wurde der landwirtschaftliche Arbeiter Rudolf Glatz aus Auerstedt freigesprochen. — 27. Juni. Die Anklage gegen den Fleischer Otto Franz, den Schlosser Otto Heil, Metallschleifer Friedrich Büchel und Händler Bruno Kitz aus Leipzig wegen schweren Raubes wurde wegen Ladung weiterer Zeugen auf Sonnabend vertagt. — 28. Juni. Der Arbeiter Rudolf Glatz aus Mücheln hat mit 4 anderen, bereits verurteilten Männern, am 13. Januar 1921 in dem Gefängnis des Landwirts Verde in St. Mühlen einen Raubüberfall verübt. Er war entflohen und in die französische Fremdenlegation geraten, hat dort wichtige Briefe bekommen und hat nach einem ersten vergeblichen Fluchtversuch in Afrika dann noch die Freiheit wieder erlangt. Nach achtmonatiger Wabnung zu Fuß durch Russland war er in den österrichischen Grenzbezirken festgenommen worden. Es wurde unter Anklage mildernden Umstände zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Halle. Die Stadtverordneten nahmen in der heutigen Sitzung einen Antrag der Kommunisten auf Entfennung aller Polizeienhelfer in unserer Stadt durch das hiesige Volksgericht mit 30 Stimmen der drei linken Fraktionen an. Die Rechte, von der einzige Stadtratsmitglied, stimmte dem Geschiehen dagegen. Ein zweiter Antrag der Kommunisten auf Entfennung des Polizeienhelfers und Wästen aus dem Gebäude der ehemaligen Annahme. Für diesen Antrag stimmten außer der Antipartei noch drei Demokraten. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Stadtratsvorsitzende den amvortenden Minister Rathenau einen warmen Nachruf und stellte fest, daß sich alle Fraktionen einmütig für den Denkmalsbau auf dem Platz der Regierung stellen. Weiter beschloß die Versammlung die Entfennung der Straßenschilderpreise, jedoch die einfache Fahrt jetzt 3 Mk. festsetzt.

Halle. (Die Not der Alten.) Eine 73jährige Witwe in der Charlottenstraße erkrankte sich in bitterer Not die Pulsader und erlitt den Tod.

Halle. In der Seifingstraße schoß ein Kinoschiff mehrerer Schuß auf seine Frau ab und verletzte sie schwer. Der Täter ist geflohen und konnte bisher nicht verhaftet werden. — In der Neumarktstraße wurde ein Uhrmacher von seiner Frau und deren Verwandten überfallen und schwer mißhandelt. Die Täter konnten festgenommen werden.

Magdeburg. Am kommenden Sonntag wird die Mitteldeutsche Ausstellung im Verein der Vertreter der Reichs- und Staatsregierungen und der sächsischen Behörden eröffnet. Nach dem Festakt werden die Teilnehmer desüßlichen eine Rundgang durch das Ausstellungsgelände machen.

Wesau. (Wehr Mischl) Da die Polizeistatistik erweist, daß Diebe und Einbrüche die aus Sozialistischer Richtung eingeführte Wirtschaft zur Hebung ihres Geschäftes benutzt haben, hat man sich bemüht, die Straßenschilderung in alten Umfange wieder einzuführen.

Mietleben. (Zur Kirchengel.) Ein 21-jähriger Junge verlor hier unter unvorhergesehenen Schmerzen infolge Mittelverfalls zehnjähriger Mischle.

Gienau. 28. Juni. (Großfeuer durch Brandstiftung.) Geiern nachmittags um 5 Uhr brach in Gienau ein Feuer aus, das in kurzer Zeit die Gasse einer ganzen Straße in Schimmer legte. Der Umsturz, daß nachts 11 Uhr eine neue Feuerwehrt an anderer Stelle des Dorfes entstand, ließ auf Brandstiftung schließen. Der Schaden belief sich auf eine Million. Es ist auch Groß- und Kleinrück umgekommen.

Die Heidelbergerernte hat begonnen und verspricht einen reichen Ertrag.

Keine Einigung über die Getreidemenge.

Berlin, 30. Juni. Die Verhandlungen über die Frage der Getreidemenge, die von der Reichsregierung ununterbrochen zwischen den Sozialdemokraten geführt werden, haben auch gestern nicht zu einer Vereinbarung geführt. Gegen die Beschlüsse des parlamentarischen Ausschusses erhoben die Sozialdemokraten vor allem Einwendungen in der Frage der Preisbildung. Sie verlangen und haben diese Forderung auch für die zweite Sitzung im Plenum bereits einen Antrag eingebracht. Den Preis für Roggen vor 8000 Mark pro Tonne auf 6 000 Mark zu erniedrigen, den für Weizen vor 8800 auf 6900 Mk. In den internationalen Verhandlungen, die nach der abschließenden Ausschließung stattfinden, war es vor allem das Zentrum, das sich einer weiteren Ermäßigung der Linnepreise widersetzt. Jeder Versuch einer Verständigung scheint ausbleiben, da die Sozialdemokraten für den Fall einer Ablehnung ihres Planes gegen das Reich stimmen wollten und die Reichsregierung kommen der Getreidemenge mit dem Ausstritt aus der Regierung drohen. Angesichts dieser überaus gespannten Situation haben sich die Vertreter des Zentrums in den geführten internationalen Verhandlungen dazu entschlossen, einen Vermittlungsausschuß zu stellen, der bei Preis für Roggen auf 7200 Mark normiert und einen Weizenpreis von 7800 bis 8000 Mark vor schlägt. Die sozialdemokratische Partei hat sich über definitive Stellungnahme zu diesem Antrag noch vorbehalten. Innerhalb der Partei werden sich auch die Stimmen, die davon warnen, es wegen einer verhältnismäßig so kleinen Differenz zu einem Druck der Sozialisten und zur Reichsregierung Lösung kommen zu lassen.

Eingekandt.

Die Schriftleitung übernimmt für Briefe unter dieser Rubrik lediglich die persönliche Verantwortung. Um spätere Meinungen zwischen Mietern und Vermietern zu vermeiden, ist es hinsichtlich des neuen, am 1. Juli in Kraft tretenden Reichsmietengesetzes, nötig, daß der Haus-

besitzer seinen Mietern mitteilt: „Ich verlange die gesetzlichen Miete auf Grund des Reichsmietengesetzes.“ Die Empfang dieser Mitteilung an den Mieter muß sich der Vermieter durch dessen volle Unterschrift bestätigen lassen. Die Mitteilung muß dem Mieter in den Tagen vom 1. bis 4. Juli zugeestellt werden. Wird die Unterschrift verweigert, so kann diese durch Urteil des Mietungsamtes erledigt werden, an das sich der Vermieter zu wenden hat. Die Zurückgabe zu der sog. Grundmiete werden noch bekannt gegeben.

Miserelei aus aller Welt.

* Rheinische Sängerfahrt nach Berlin. Von den Berliner Sängern freudig begrüßt, traf in der Reichshausstadt der Rheinischer Männergesangverein im Sommer der erste in besterter Anstimmung wurde das Band der Freie zwischen den beiden Städten Kreisfeld und Berlin, die auch wirtschaftlich durch die Seidenindustrie in enger Verbindung stehen, erneuert. Vizepräsident Vögeler wies bei dem Empfang des Sängerverbandes im Rathaus auf das Bestehen des Denkens im Westen nach den bisherigen Beziehungen zu den Rheinischen Vaterlande hin. Die Konzerte der Kreisfelder sollen dieses Freundschaftsbündnis zum Ziel in besonders wirkungsvoller Form zum Ausdruck bringen.

* Das Eisenbahnunfall in Berlin hat unter den Schwerverletzten leider noch weitere Todesopfer gefordert. Insgesamt sind nach den bisherigen Feststellungen 40 Menschen getötet oder später ihren Verletzungen erlegen. In den Krankenhäusern liegen noch 34 Schwerverletzte, davon im Lazarus-Krankenhaus 14, im Hedwigs-Krankenhaus am Friedrichshain 4, in der Charité 3, im Jüdischen Krankenhaus in Panow 1. Alle übrigen Verletzten, mehr als 100 Personen, sind bereits in ihre Wohnungen entlassen worden. Bei der Schwerkere der Verletzungen, die die von dem Unfall betroffenen Personen zum großen Teil erlitten, muß leider damit gerechnet werden, daß das Unglück noch mehr Todesopfer fordern wird.

* Selbstmordversuch Großmanns. Der in dem Berliner Unterjünglingsgefängnis befindliche Frauenmörder Karl Großmann hat dort in seiner Zelle einen Selbstmordversuch unternommen. Großmann befindet sich dort in der sogenannten Mörderzelle, welche von außen ständig beobachtet werden kann, und in der es keinerlei bewegliche Gegenstände gibt, mit denen sich der Zelleninsasse irgendwelche Verletzungen beibringen kann. Trotzdem gelang es Großmann, die Fenster mit Zeitungspapier zu verkleben und durch einen Selbstmordversuch durch Gehirnen zu unternehmen, der aber rechtzeitig erdetzt wurde.

* Eigenartige Krankheitserscheinungen im Mülheimer Fürstengarten. Im katholischen Fürstengarten Mülheim sind eigenartige, schnell zum Tode führende Erkrankungen unter den Fürstengärtlingen und dem Pflegepersonal aufgetreten. Bis jetzt sind neun Erkrankte gestorben. Die bisherigen Untersuchungen zu dem aus bekannten aus dem Jahre 1919 hinzugezogen wurden, hat noch keine Aufklärung gebracht. Es wird angenommen, daß es sich entweder um eine Art typhus auftretender Fleischvergiftung oder um eine grippeartige Erkrankung handelt.

* Schweres Schiffunfall in der Ostsee. Der Hamburger Dampfer „Gill“ ist auf dem Wege von Berlin nach Rindland auf ein Eisfeld gestoßen und gesunken. Die aus vier Besatzungen bestehende Besatzung wurde nach siebenstündigem Umherirren in bewegter See von dem Hamburger Dampfer „Johanna“ gerettet.

— Der Stand der Markt. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

| | | | |
|--------------------------|--------|--------|--------|
| | 29. 6. | 28. 6. | 1914 |
| 100 holländische Gulden | 13382 | 13383 | 167. " |
| 100 belgische Franken | 2926 | 2798 | 80. " |
| 100 dänische Kronen | 7600 | 7515 | 112. " |
| 100 schwedische Kronen | 9388 | 8988 | 112. " |
| 100 holländische Lire | 117 | 1652 | 80. " |
| 100 holländische Lire | 1610 | 1545 | 20. " |
| 1 englische Pfund | 374 | 359 | 4.20 |
| 1 Dollar | | 2946 | 80. " |
| 100 französische Franken | | 6661 | 80. " |
| 100 holländische Kronen | 703 | 667 | 80. " |

* Typhus und Cholera in Griechenland. Auf vier im Hafen von Salamis liegenden Schiffen mit zehntausend erkrankten griechischen Flüchtlingen aus Jugland gelang es nach neun Tagen die Cholera zu überwinden. Die Schiffen wurden unter Quarantäne gelegt. Es sind in Saloniki Cholerafälle festgestellt werden konnten, so ergriff die jugoslawische Regierung strenge Vorkehrungsmaßnahmen gegen eine Verschleppung der Cholera. Ein Laboratorium und Bakteriologen sind in Saloniki zur Grenzkontrolle entsandt.

Gerihtliches.

o Eine 15-jährige Wädlerin. Vor etwa einem Jahre hatte man, wie damals berichtet, die neun-jährige Tochter Ilse des Kapitäns Rothmann in Staßfurt mit durchschüttelter Beule aufgefunden. Als der Tat verdächtig war das damals 15-jährige Dienstmädchen Verita Gehrig wurden unter Quarantäne gelegt. Da auch in Saloniki Cholerafälle festgestellt werden konnten, so ergriff die jugoslawische Regierung strenge Vorkehrungsmaßnahmen gegen eine Verschleppung der Cholera. Ein Laboratorium und Bakteriologen sind in Saloniki zur Grenzkontrolle entsandt.

o Ein Raubmörder zum Tode verurteilt. In Soltau wurde nach beständiger Verhandlung der den Schwurgericht der 29. Jahre alte Arbeiter Peter Erdas zum Tode verurteilt. Er hatte in der Nacht vom 6. zum 6. August 1921 in der Nähe von Schierke im Dorfe des Bauern Hermann Brandt aus Berlin erschossen und bestohlen.

o Am Kriegsschiffunfallprozess gegen Dr. Michels, der zur Zeit in Leipzig stattfindet, äußerte sich Generalmajor a. D. Hoff ausführlich über die militärische Stellung des Angeklagten, die unter anderem folgende sind. Er hatte zwar das Recht Befehle zu erlassen, aber keine disziplinarische Strafgewalt. Der Angeklagte hatte die Aufgabe auf Leben Fall die Ueberzeugung von anstehenden Frontstellungen zu verhindern. Besonders hatte er gegen Uebertritte des Landes zu verhindern. Sollte er die Uebertritte auf dem Dienstwege angezeigt, so wäre die Angelegenheit erst nach deren Entlassung aus dem Bataillon verurteilt worden. Er mußte

also auf anderem Wege seine Autorität geltend machen. Mit anderer Sachverständiger führte Generalmajor a. D. Dr. Goffe-Mondburg die große Bedeutung in Bezug auf die Anstehungen zurück, die die Leute hinter sich hatten. Die folgenden Zeugen bringen ebenfalls kein belastendes Material gegen Michels vor.

Bürgerkrieg in Irland.

Irland ist es zwischen den regulären Truppen des irischen Freistaates und der radikalen Weibellen zum offenen Kampf gekommen. Die Republikaner hatten sich unter dem General O'Connor im Juli aufgelöst und den umliegenden Gebieten verbannt. Mittendrin wurden sie von den Regierungstruppen angegriffen. Der Kampf dauerte den ganzen Tag an und war sehr heftig. Die Regierungstruppen ließen schließlich die irischen Freisten treten. Die Abbe der Berulle auf beiden Seiten ist bisher noch nicht festgestellt. Auch unter der Zivilbevölkerung ist eine ganze Reihe von Opfern zu beklagen. Nach den bisherigen Meldungen ist es den regulären Truppen noch nicht gelungen, die Weibellen zu verjagen.

Die Mörder Marshall Wilson keine Freie?

Die Untersuchung über die Ermordung des Marshalls Wilson hat ergeben, daß die beiden Mörder entgegen ihrer ursprünglichen Behauptungen keine Freie sind. Sie haben niemals der irischen republikanischen Armee angehört. Sie sind vielmehr beide in London geboren und haben den Krieg in den Reihen der englischen Armee mitgemacht. Ueber die Motive zu der Tat haben sie bis jetzt die Aussage verweigert.

Zur gest. Beachtung.

Der Bezugspreis für den „Wöchentlichen Anzeiger“ für Monat Juli beträgt bei Abholung von der Geschäftsstelle M. 12.— durch die Boten M. 13.— Die Geschäftsstelle.

Aufens!

Kammerjäger Röder, Magdeburg kommt und ist einige Tage in Teuchern und Umgebung tätig, um Ratten, Mäuse, Schlangen, Kröten, Bienen und dergl. unter schriftlicher Garantie restlos zu vertilgen. Bestellungen mache man sofort unter „R 50 Röder“ an die Geschäftsstelle des Blattes oder indem man sich in der Geschäftsstelle meldet.

Pa Schellfisch
auf Eis
empfiehlt
Ferd. Gresse.

Zurück
Dr. Beyer, Franzarzt
Zeit.

Pa Kalbfleisch
empfiehlt
Kurt Gann.

Photogr. Atelier
E. Meiner,
Teuchern.

Seidelbeeren
Speisefartoffeln
und Stroh
Schötenstr. 25.

Täglich geöffnet.
Porträts, Familien-, Vereins- und Hochzeitsgruppen, Landschaften, Industrielle, Heim-Schul- u. Momentaufnahmen jeder Art (Sport). Vergrößerungen, schwarz und farbig, auch nach alten Bildern, sowie Karten aus dem Felde Broschen u. Anhänger etc. Eigene Vergrößerungs-Anstalt.

Fa. R.
Seiser, Teuchern,
Bahnhst. 5.
Malereien
aller Art.
Tapezieren, Linoleumlegen,
Buchstaben in Holz,
Metall, Glas,
Steinhohl-
Fussboden.

Stechenpferd
Seife
Beste Lilienmilchseife
E. Arto, weisse Haut und helle
schöne Teint. Ferner: „Dada-Cream“
rote und weiße Hautweissener
sowie weisse, überall zu haben.

Ansichtskarten
empfiehlt
D. Dieferenz.

**Bekanntmachung,
betreffend den Verkehr mit Kartoffeln.**

Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 23. Mai 1922 — R. G. Bl. S. 437 —, Ausführungsbestimmungen des Ministers für Handel und Gewerbe und des Staatskommissars für Volksernährung vom 2. Juni 1922 — II. B. 4316 W. f. V. VI a 1217 St. S. I. B. — Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung.

I. Genehmigungspflicht für den Handel mit Kartoffeln.

Vom 1. August 1922 ab bedarf jeder, der mit Kartoffeln zu handeln beabsichtigt, einer neuen besonderen Erlaubnis (Handels-erlaubnis). Ausgenommen sind der Verkauf selbstgewonnenen Kartoffeln und der Verkauf im Kleinhandel, also unmittelbar an den Verbraucher. Der neuen Erlaubnis bedürfen auch alle Betriebe, welche vor dem 1. August d. Js. bereits im Besitze einer G. o. g. Handels-erlaubnis oder einer besonderen Erlaubnis zum Ankauf von Kartoffeln gewesen sind. Diese Erlaubnis wird von der für die Erteilung der G. o. g. Handels-erlaubnis zuständigen Stellen erteilt. Sie gilt für das ganze Reichsgebiet.

II. Genehmigungspflicht für den Ankauf von Kartoffeln.

Vom 1. August 1922 ab bedarf jeder, der in der Provinz Sachsen in eigener Person beim Erzeuger Kartoffeln zum Wiederverkauf oder zur gewerblichen Verarbeitug oder für Gemeinden, Gemeindeverbände, Betriebe oder als Beauftragter einer Mehrheit von Verbrauchern ankauf, sei es im eigenen oder fremden Namen, für eigene oder fremde Rechnung, weiner neu zu erteilenden Erlaubnis (Ankaufserlaubnis). Auch solche Personen bedürfen der besonderen Ankaufserlaubnis, die unentsgeltlich das eigene Kommunalvermögen Kartoffeln beim Erzeuger ankaufen, ferner sämtliche Angehörten oder Beauftragten derjenigen Personen, welche gemäß Ziffer I zum Handel mit Kartoffeln befugt sind; endlich auch diejenigen, denen die Ankaufserlaubnis bereits gemäß der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. November 1921 (R. G. Bl. S. 1376) erteilt worden ist, sowie auch solche Personen, die sich im Besitze des Handels-erlaubnisses oder der Legitimationskarte befinden.

Wer über die Provinz hinaus Kartoffeln ankaufen will, bedarf der neuen besonderen Erlaubnis für die auswärtigen Bezirke von den dort zuständigen Behörden.

Der Erlaubnischein muß mit Lichtbild des Inhabers versehen sein; er ist beim Ankauf mitzuführen und auf Verlangen vorzulegen.

III. Ausnahmen.

Der besonderen Ankaufserlaubnis nach Ziffer II bedürfen nicht:

1. alle diejenigen, welche die Kartoffelhandels-erlaubnis gemäß Ziffer I oben besitzen;
2. Kaufleute, die als selbständige Handels-treibende anzusehen sind und daher für sich selbst des Kartoffelhandels-erlaubnisses gemäß Ziffer I oben bedürfen;
3. die Personen, die nur für ihren eigenen Bedarf ankaufen.

IV. Stellung des Antrages.

Die Erlaubnis zum Kartoffelkauf (Ziffer II) ist bei dem Landrat, in den Stadtkreisen bei der Distriktpolizei-behörde, nach Formular schriftlich oder zu Protokoll zu beantragen, Antragsformulare haben die Kommunalbehörden.

V. Geltungsbereich.

Während die Handels-erlaubnis (Ziffer I) für das ganze Reichsgebiet gilt, haben die von mir erteilten Ankaufserlaubnisse eine lokale Geltung für die Provinz Sachsen. Einwohner der Provinz Sachsen, welche den Ankauf in anderen Provinzen oder Bezirken beabsichtigen, haben den Antrag auf Genehmigung auch zunächst bei den obigen Stellen (Ziffer IV) einzureichen.

VI. Gebühren.

Die Gebühr für den ersten Ankaufschein (Ziffer II) beträgt 500 Mk., für jeden weiteren Ankaufsbetrag 100 Mk. Für Antragssteller, die bereits im Besitze eines von mir gemäß der Verordnung vom 24. November 1921 aus-gegebenen Erlaubnis-scheines zum Ankauf von Kartoffeln beim Erzeuger sind, beträgt die Gebühr für den neuen vom 1. August 1922 ab erforderlichen Erlaubnis-schein 75 Mk. und für jeden Schein für einen weiteren Ankaufsbetrag 25 Mk.

Die Zahlung der Gebühr für den nur in der Provinz Sachsen gültigen Ankaufserlaubnisse erfolgt folglich bei Stellung des Antrages an die Regierungs-kassastelle in Magdeburg, Buchhalter VI oder durch Ueberweisung auf Postkonto Magdeburg Nr. 50 in jedem Falle mit der Angabe „Gebühr für Erlaubnis-schein zum Ankauf von Kartoffeln für...“ Die Gebühren für die Erlaubnis zum Kartoffelhandel (Ziffer I) werden — falls es sich lediglich um die Erneuerung eines bisher gültigen Handels-erlaubnisses handelt — nur in Höhe von 1/4 erhoben.

VII. Erteilung, Versagung und Entziehung der Erlaubnis.

Die Erlaubnis, sowohl für den Handel, wie für den Ankauf kann verweigert werden, wenn der Antragsteller in Bezug auf den Kartoffelhandel nicht als hinreichend laudensfähig anzusehen ist oder sonstige Gründe vorliegen, die seine Unzuverlässigkeit in Bezug auf die Schicklichkeit anzunehmen lassen, oder wenn Bedenken volkswirtschaftlicher Art der Erteilung entgegenstehen. Sie kann von der erteilenden Behörde zurückgezogen werden, wenn sich nachträglich Umstände ergeben, die die Verlangung der Erlaubnis rechtfertigen würden. Bei Prüfung der Frage, ob den Antragsteller und den aufgetragen folgender Personen, die gemäß Ziffer I zum Kartoffelhandel ankaufen dürfen, die Ankaufserlaubnis zu erteilen ist, kommen Bedenken volkswirtschaftlicher Art nicht in Betracht.

VIII. Rechtsmittel.

Gegen die Entscheidung der Genehmigungsbehörde ist nur die Beschwerde zulässig. Ueber die Beschwerde entscheidet der Minister für Handel und Gewerbe. Die Beschwerde hat keine aufhebende Wirkung.

IX. Pflichten der Landwirte.

Erzeuger von Kartoffeln dürfen solche nur an Personen

verkaufen, welche sich als Inhaber entweder einer Ankaufserlaubnis (Ziffer II) oder einer Handels-erlaubnis (Ziffer I) ausweisen. Der Verkauf an Personen, die Kartoffeln für den eigenen Verbrauch kaufen, unterliegt jedoch keiner Beschränkung.

X. Strafen.

Wer es unternimmt, der Vorschriften im § 11 Abs. 1 der Verordnung vom 23. Mai 1922 und damit obigen Vorschriften (Ziffer I und II) zuwider ohne Erlaubnis Kartoffeln anzukaufen oder vor Entzug der Vorschriften im § 10 a Abs. 6, § 11 a a. O. zu veräußern, den mit einem Lichtbild versehenen Erlaubnis-schein beim Ankauf mitzuführen und auf Verlangen vorzulegen, sowie der Landwirt, welcher gegen den § 11 a genannter Verordnung (oben Ziffer IX) verstößt, wird mit Gefängnis bis einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft, soweit nicht nach anderer Vorschrift eine schwerere Strafe verwirklicht ist. Neben der Strafe kann auf Entziehung der Erlaubnis erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gebühren oder nicht.

Magdeburg, den 18. Juni 1922.
Der Oberpräsident. J. B. Dreyer.

Vorstehende Bekanntmachung b. lege ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerken, daß die gemäß Ziffer I für den Handel mit Kartoffeln erforderliche Genehmigung für den hiesigen Landkreis bei mir zu beantragen ist. Antragsformulare werden in meinem Büro, Zimmer 13, vertrieben.

Weißenfels, den 23. Juni 1922.
J. B. 55. Der Landrat.

Bekanntmachung.

Der Provinzialausschuß zur Ermittlung der Kartoffelpreise hat in seiner Sitzung am 22. Juni 1922 für Speisekartoffeln einen Erzeugerpreis (Angemessenheitspreis) bis 110.— Mk.

je Zentner je nach Güte ab Erzeugerstation oder nächstem Markort festgesetzt.

Weißenfels, den 27. Juni 1922
Der Vorsitzende des Kreis-ausschusses.

Obhverpachtung.

Der Pachtabmachung der Provinzialstraßen findet am Freitag, den 7. Juli 1922, vom 10 Uhr im Restaurant „Zur Schöpfung“ in Weißenfels, Raumburgerstr. 61, statt.

Der Straßenmeister
Boche.

Städtischer Kirschenverkauf am 1. Juli 1922,

- a) bei Frau Köhlich, Wagnerstr. Nr. 12 auf Brotmarken-zeichen Nr. 1 bis 150,
- b) bei Ernst Gebauer, Zisterstr. Nr. 28 auf Brotmarken-zeichen Nr. 151 bis 300. Jede Person kann ein Pfund Kirschen zum Preise von 2,50 Mk. ergäufen.

Teuchern, den 30. Juni 1922.

Der Magistrat.

In letzterer Zeit sind unsere an den Straßen stehenden Obstbäume von rauchlosen Hähnen sehr beschädigt, wodurch uns großer Schaden zugefügt worden ist. Für sichern demjenigen, der uns die Baumrinde namhaft macht, daß deren gänzliche Verstrahlung erfolgen kann, eine Belohnung bis zu 1000 Mk. zu Teuchern, den 29. Juni 1922.

Der Magistrat.

J. B.: Gröbe, Beigeordneter.

In der Zeit vom 5. bis 7. Juli 1922 wird in hiesiger Stadt durch den Kontrollkomitee der Landesversicherungs-kasse „Sachsen-Anhalt“ eine Revision der Dmütungsarten stattfinden.

Teuchern, den 30. Juni 1922.

Die Polizeiverwaltung.

J. B. Gröbe, Beigeordneter.

Der diesjährige reichliche Pflanzenanhang der Gemeinde Schalkau soll

Sonnabend, den 8. Juli abends 7 Uhr im Knauth'schen Lokale öffentlich meistbietend verkauft werden. Bedingungen im Termin.

Der Gemeindevorsteher.

Wegeesperrung.

Anfolge Pfasterarbeiten innerhalb der Dorflege Trebnitz bei Theißen werden die Straßen Trebnitz—Duden u. Trebnitz—Raundorf vom 1. Juli d. J. ab bis auf weiteres gesperrt.

Der Verkehr wird über Raundorf—Jacobsgrube und Bahnhof Lützenau bewiesen.

Die Ortspolizei-behörde

Jahr, Amtsvoescher.

Täglich frisch gepflückte

Kirschen

Bestellungen auf Einlege-, Kuchen- und Sauerkräutchen werden entgegengenommen.

Max Schmidt, Bäckstr. 7.

Pfaff- u. Naumann-Nähmaschinen

sind

erklaßig und unversüßlich.

Nähen — Sticken — Stopfen.

Teilzahlung gestattet. Langjährige Garantie.

Vertreter: Rob. Gäbler, Teuchern.

Reparaturen aller Systeme werden in eigener Werkstatt sachmännlich ausgeführt.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Wieser, Teuchern.

Arb.-Turnverein „Teutonia“, Teuchern.
Sonntag, den 2. Juli

großes Sommervergnügen
im Gasthof zum grünen Baum.

Anfang nachm. 4 Uhr.
Hierzu laden eine werie Einwohnerschaft von Stadt und Land ganz ergebenst ein

der Vorstand, der Witt.
Von nachm. 3 Uhr großes Schauturnen.

Achtung!

Empfehle Dienstag u. Freitag zum Wochenmarkt in Teuchern:

Tafelmargarine

in Pfand-Wärseln

Pfd. nur

36 bis 38
Mk.

Schmalz

a Pfd. 46.— Mk.

Prima Pflanzenmuss Pfd. 16 Mk.

Prima Graupen Pfd. 11 Mk.

Große frische Zitronen Stk. 6 Mk.

Delikatess-Zettheringe Stk. 4 Mk.

Becker.

Nur noch diesen Monat

kaufe ich

Rot-, Weißwein, Cognac- Sekt- und Borkbeutelflaschen, Litterflaschen und 3/8 Weinsflaschen

läuft ständig und höchstzahlend

H. Birnbach, Weißenfels a. S.,
Fertma 146.

Eintaufstelle für Teuchern und Umgebung:
S. Sawinsky, Teuchern, Probierstraße.

**Kreisarbeitsnachweis
Teuchern.**

Geschäftszeit werktäglich von

8 1/2—1 Uhr.

Ämtliche Meldestelle für alle

offenen Stellen.

Grüßte werden:

Knechte, Mägde, über 20 Jahre

alte Arbeiter, Arbeiter, Schwei-

reiarbeiter, Rappseharbeiter,

Häner, Förderleute, Zimmer-

leute, Maurer, 1 Schuhmacher,

1 Kupferkessel, 1 Mädchen oder

alleinstehende Frau, 2 Dreher,

3 ältere alleinstehende Männer

in die Landwehr, 1 Arbeiter-

führer für Arbeiter, 1 Arbeiter-

führer, 1 Arbeiterfamilie,

3 Mann an die Seilbahn.

Stellen suchen:

1 landwirtschaftlicher Ar-

beiter zunächst allein mit Aus-

sicht auf Familienwohnung.

Permigier

Turnverein.

S. V. D. S.

Besonderer Umstände halber fällt

das Vereins-Schauturnen am

Sonntag Nachmittag aus.

Dafür ist von 6 Uhr an

Sanzkränzchen

im Schützenhaus. Zu freude

willkommen. Der Turnrat.

Verpätet.

Wir gratulieren unfern

Freund Otto Fleischer zu

seinem 47. Geburtstag und

wünschen ihm ein 3 maliges

glückliches Alter und ein

glückliches Leben. Otto

vor freude im Pappelgraben

zum zappelt.

Es ist bloß noch

dem

R. S. A. S. E. S. D. F.

E. S. S. E. T. E.

Kirchliche Nachrichten

am 3. Sonntag in Te. (2.7.22.)

Rollekte für das Magdalenen-

fest. 7.30.

Teuchern:

Vorn. 10 Uhr. Predigt,

danach Besuche u. hl. Abend-

mahl. Hr. Wichmann.

Nachm. 1 1/2 Uhr. Kinder-

gottesdienst. Oberpf. Plage-

mann.

Göden:

Vorn. 10 Uhr. Oberpf.

Plagemann.

Unterweihen:

Vorn. 1 1/2 Uhr. Hr. Weis-

mann.

Spielvereinigung

Teuchern.

Sonntag, den 2. Juli

nachm. 2 Uhr im Vereinslokal

Hauptversammlung

Wegen der reichhaltigen Ta-

gordnung ist das Geschehen

aller Mitglieder dringend er-

forderlich. Der Vorstand.

Wetere Wirtschaftlerin

für sofort gesucht.

Zu erfragen in der Expedition

des Blattes.

Todesanzeige.

Mittwoch früh ver-

schied ganz plötzlich

und unerwartet mein

heißgeliebtes Söhnchen

Heinz im zarten Al-

ter von 1 Jahr 10 Mon-

. Dies zeigt an die

schwergeprüfte Mutter

Berta Kellermann

verw. Gew. Crongreyer

und Kinder, Otto Kel-

lermann.

Die Beerdigung findet

Sonabend 4 Uhr statt.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Spaltenzeile 1,80 RM., Restanzenzeile 4,80 RM.

Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Agenturen 12.— RM., von unserer Zeitung bei Quart bezogen 18,00 RM Einzelnummer 100 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zehnerstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Spätere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Bierzeitliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zehnerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Schenkstätten angenommen.

Schleier wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Amthliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 76

Sonnabend, den 1. Juli 1922.

61. Jahr

Die letzte Woche.

Seit manchem Jahr ist die „Wille“ Sommerzeit verfallen, es heißt so mancherlei, wovon niemand denkt und was nicht anerkannt ist. Der Ward an dem englischen Feldmarschall Wilson und Marie Zage später an dem deutschen Außenminister Rathenau ist ein Blitzstrahl aus den dunklen Wolken der Unkultur, die sich in der Weltkriegszeit zusammenballten und nachher noch verdrängt haben. Wenn wir, wie es selbstverständlich ist, mit Strahlen vollster Energie gegen diese Mächte vorzugehen, so haben wir aber zu bedenken, daß wir nicht nur die äußeren Erscheinungen dieses Lebens, sondern auch das Liebel an der Wurzel treffen müssen. Es ist kein Zufall, daß in Süddeutschland die Ruhe größer ist als in den übrigen. Der Volkscharakter ist dort beständig, er heißt das Ankommen miteinander in den Vordergrund. Volkserziehung für die ganze Nation und die strengste Gerechtigkeit dienen am besten dem inneren Frieden.

Die Reichsregierung hat die Pflicht, für den Schutz der Staatsordnung zu sorgen, aber sie darf nicht Unzulässige unter der Verantwortung der Behörden lassen. Den Fehler, den die alte Reichsregierung einst mit dem Sozialistengesetz gemacht hatte, ist heute noch unergessen, darum muß er durch Besonnenheit vermieden werden. Das deutsche Volk denkt nicht an neuen Umwälzungen, es will erträgliche Lebensbedingungen und Ruhe für seine Arbeit. Die nötige Energie gegen die Terroristen muß eine Ergänzung in der Stärkung aller rechtlichen Elemente finden, unbilligste Verschärfung der Gesetze aber behrt werden. Keinem Staate in Europa sind solche Kriegen erlitten geblieben, aber sie haben sich solche schließlich als ein Verhängnis erwiesen. Auch die deutsche Republik wird über diese inneren Schwierigkeiten vorankommen, 60 Millionen Menschen lassen sich keine Mühsal von einem Saufen unklarer Köpfe vorschreiben, sondern geben schließlich selbst den Weg an.

Die Franzosen sind, wie zu erwarten war, die ersten gewesen die nach dem Rathenau-Attentat das Signal ausgegeben haben, Deutschland muß unter allen Umständen die 132 Goldmillarden des Pariser Ultimatus bezahlen. Zum Glück ist damit noch nicht gesagt, daß dieser Auf ein bündige Verbot für die Reparations- und Garantieforderungen bedeutet, mit welchen die Verhandlungen von Berlin aus wieder aufgenommen sind. Wie sich diese politische Linie entwickeln wird, bleibt nach wie vor dunkel. Die Weisse Polnens nach London hat keinen Verhandlungsfortschritt gestattet, und daß Lloyd George, wenn falls nicht einmal Gegenstand in Paris macht, die Anwesenheit des italienischen Außenministers Schanzer in London hat „weitgehende Uebereinstimmung“ in der politischen Lage ergeben, aber Ansagen sind nun einmal keine Tatsachen.

Das Schicksal hat den Tag der Befreiung Rathenaus zu einem schweren Unglück in Berlin benutzt, das den tiefsten Eindruck machen wird. „Mitten im Leben sind wir von dem Tod umfangen.“ Niemand weiß, wie nahe sein Lebensziel gelegen ist, und es sollte mehr an Frieden denken, wie an den Kampf. Es ist heute, als ob man die Menschen den Himmel führen wollten, bis sie durch eine Tragödie zu spät Erkenntnis lernen. Leidenschaft macht blind, in großen Dingen noch mehr wie in kleinen.

Die Mörder Rathenaus.

Die Andeutung des Verdachtswortplans. — Ein Mörder verhaftet, die beiden anderen erkannt, aber flüchtig. Die eifrigsten Ermittlungen der Kriminalpolizei haben bereits sehr wichtige Erfolge erzielt. Es ist gelungen, die Verschlingung der Rathenau zum Tode feststellen zu, zum größten Teil aufzudecken und die Verantwortlichen der Mörder zu ermitteln. Es handelt sich um drei ehemalige Mitglieder der Brigade Ehrhardt und Angehörige der „Organisation C“ namens Ernst Tschow, Hermann Fischer, auch Bogel genannt, und Knauer, auch Knauer und Stern genannt.

Zer eine von diesen dreien, Tschow, ist Mittwoh bereits verhaftet worden. Er war erst Sonntag abend aus Berlin geflohen und zwar fuhr er nach Halle, wo er bei eingeweihten Freunden Unterkunft fand. Am Abend des Montag fuhr er dann von Halle nach Frankfurt a. D. Dort haben ihn Beamte der politischen Polizei des Berliner Reichsgerichts aufgegriffen, die erfuhr, daß er sich bei seinem Onkel auf einem Nittergut in der Nähe von Frankfurt aufhielt. Auf diesem Gut wurde er Mittwoch feige genommen.

Die Organisation C. Schon bald bei Beginn der Untersuchung der Mordtat vielen wichtige Spuren auf die bereits aus den Ermittlungen des Erzberger-Nordens bekannt gemordete „Organisation C“ hin. Diese Spuren wurden von der Polizei eifrig verfolgt. Zuerst wurde Kapitänleutnant Tilleßen, der Bruder des Erzberger-Mörders, in Hensburg und Kapitänleutnant Postmann in München verhaftet. Jetzt ist auch Kapitänleutnant Knauer in Hensburg in der Familie zur Erholung gefasst, wo er sich mit seiner Familie zur Erholung befand, wieder festgenommen worden. Klinger und Tilleßen sind bereits nach Berlin gebracht.

Im weiteren Verlauf der Untersuchung wurde der Kreis der Leute, die mit dem Verbrechen in Verbindung stehen, größer und schließlich ist es gelungen, eine Gruppe von Versuchswörtern festzunehmen, die das Attentat auf Minister Rathenau bis ins genaueste vorbereitet haben. Dieser Versuchswörterbande gehören die von der politischen Polizei als Täter ermittelten Tschow, Fischer und Knauer an.

Strafbedeutung alle diese Verhafteten ihre Aufgaben



Radiologischen Institut während der Demonstrationen eine Vorlesung. Gegen ankommende Demonstranten wehrten sich die Studenten, indem sie einen Hydranten benutzten. Als Geheimrat Lehnhardt nebst einigen Studenten verhaftet war, drängten ihnen die Arbeitermassen über die Weichenhelfer Brücke nach und drohten, sie in den Redar zu werfen. Die Verhafteten wurden in das Gerichtsgefängnis gebracht.

In den Großstädten kam es dagegen fast nirgends zu irgendwelchen erheblichen Zwischenfällen, wenn auch meistens, meist rasch behobene Ausschreitungen, überall vorkamen.

Die drohende Krise.

Die Sozialdemokraten arbeiten auf die Reichsregierung hin.

Die innerpolitische Lage hat sich in den Tagen nach der Ermordung Rathenaus ganz außerordentlich ernst gestaltet. Kurz vor dem Mord hatten sich die Parteien über ein Kompromiß über die Getreideumlage fast geeinigt und eine Mehrheit vom Zentrum bis zu den Unabhängigen hatte im Reichstagsauschuß zustimmend gestimmt. Eine andere, rein bürgerliche Mehrheit nahm aber auch die von den Deutschnationalen beantragten Preisbestimmungen an, gegen die die Sozialisten schärfste Opposition machten. Wenn es nun nicht gelingt, ein neues Kompromiß zu schaffen — und das erscheint sehr zweifelhaft — dürfte das Innere Lage sehr als gefährdet anzusehen sein, denn die Reichsparteien stimmen unbedingt gegen das Gesetz, und wenn diese Preisbestimmungen bleiben, so können auch die Sozialisten dagegen, fällt aber die Getreideumlage, dann wollen die beiden sozialistischen Parteien, das haben sie bereits früher angedroht, mit allen Mitteln die Aufhebung des Preisgesetzes und den nach durchzusetzen suchen.

Der Gesandtschaft zum Schutze der Republik bildet eine zweite Gruppe. Er ist vom Reichsministerium verabschiedet, Donnerstag den nach Berlin zusammenberufenen Ministerpräsidenten der Länder vorgelegt worden und dann dem Reichstag und dem Reichsrat vorgelegt. Unter dem Eindruck des Mordes am Rathenau hat der ursprüngliche Entwurf bedeutende Änderungen erfahren, die teilweise verfassungsändernd sind. Das Gesetz bedarf also im Reichstag der Zweidrittelmehrheit, und ob diese zu erlangen sein wird, dürfte recht zweifelhaft sein. Wenn das Gesetz aber nicht zustande kommt, dürfte erst recht mit der Auflösung des Reichstages zu rechnen sein.

Die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten haben gemeinsam mit den freien Gewerkschaften, ähnlich wie nach dem Kampfbuch, ein gemeinsames Programm zu diesem Gesetz aufgestellt, das sie mit allen Mitteln durchzusetzen sich verpflichtet haben. Erreichen sie dieses Ziel nicht, so wollen sie den Kampf ergreifen. Es das ohnehin schon einmal alle diese Forderungen erfüllt, so dürfen sie um so stärker auf die Auflösung dringen, wenn schon dieses Gesetz nicht zustande kommt.

Den sozialistischen Parteien scheinen etwaige Neuwahlen durchaus nicht unlieb zu sein. Sie glauben, durch ein eventuelles Scheitern der Getreideumlage sowohl wie durch die Ermordung Rathenaus zusätzliche Wahlgewinne bekommen zu haben.

Deutsches Reich.

30. Juni 1922.

Münchener Ausgehungen gegen den Versailler Vertrag. Am Abend des 28. Juni fand in München die schon seit längerer Zeit angelegte große Kundgebung der vaterländischen Vereine gegen den Versailler Friedensvertrag, der heute vor drei Jahren von Deutschland unter dem Druck der Gewalt unterzeichnet werden mußte, und gegen die Befreiung von der Schuld Deutschlands am Weltkrieg statt. Die Kundgebung zur Teilnahme an dieser Kundgebung war an alle Städte der Reichsregierung, ohne Unterschied, der Partei, ergangen. Schon vor 7 Uhr begann der

Aufmarsch aus den verschiedenen Stadtteilen in großer geschlossener Front, bis schließlich der große Säulengang der Teilnehmer aus den Reihen besteht war. Auf dem Säulengang waren große Plakate mit Slogans aufgestellt. Die Redner wiesen auf die Brutalität und Unbegründlichkeit des Versailler Friedensvertrages hin, und auf die Tücke der Schuldfrage, deren Auslösung sie als die wichtigste Voraussetzung für die Befreiung nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt bezeichneten. Die riesigen Massen, die das Gelände bis zum letzten Platz füllten, begleiteten die Ausführungen der Redner mit lautem Beifall. — Am übrigen Wege sind die geplanten Kundgebungen bekanntlich abgesagt bzw. verboten worden. Auch in Wien demonstrierten die Studenten gegen die Friedensverträge.

Zer neue schwebende Gewandte in Berlin. Nach einer Meldung der „Bayer Nachrichten“ verläutet in der Berliner parlamentarischen Kreise, daß für den Berliner Gewandtschaftsleiter der Direktor Hüfner, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, in Aussicht genommen ist.

Neugruppierung der belgisch-französischen Wehrtruppen. Die belgische Regierung hat sich mit der französischen Regierung dahin verständigt, daß die belgischen Wehrtruppen in den Ardennen, Lüttich und Schleiden, die bisher ausschließlich von französischen Truppen besetzt waren, in Zukunft in die belgische Zone fallen.

Bezahlung und Wohnungsmangel. Das Kapitel „Bezahlung und Wohnungsmangel“ kam auf der Wiesbadener Stadtparlamentarischen Versammlung zur Sprache. Auf der Entscheidung wurde festgestellt, daß Angehörige der Wehrtruppen in Wiesbaden 750 Wohnungen innehaben. Es gibt hier 3500 Wohnungssuchende und insgesamt 7500 Familien, die durch Zusammenlegung ihrer Wirtschaften usw. umgehend wohnen. Die Verarmung heraus wurde gelockert, daß das Reich wegen der starken Beanspruchung der Wohnungen auch die Franzosen trotz der Erhebung der Wehrtruppen Häuser nach besondere Zustüsse zum Wohnungsbau leisten.

Die Kontrolle des Reichshaushalts durch die Militärs. Wie der „Zeits“ schreibt, wird die Kontrolle des Reichshaushalts nach der Regelung der belgischen Frage an die Kontrolle der Maßnahme für die Finanzkontrolle übergeben. Die Militärs Vertreter werden während der nächsten 8 bis 10 Tage die Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts einer genauen Prüfung unterziehen. Sie werden dem deutschen Steueramt mitteilen, über die sonstigen Ausgaben emittieren, die Ausgaben über die Einnahmen, feiner über Nachlässigkeiten, die sie bei der